19.02.2015

Drucksache 030/15

Neueinrichtung einer Erstaufnahmeeinrichtung des Kreises Unna in der ehemaligen Landesstelle Unna-Massen

Gremium	Sitzungsdatum	Beschlussstatus	Beratungsstatus
Ausschuss für Feuerwehr, Sicherheit, Ordnung und Straßenverkehr	05.03.2015	Empfehlungsbeschluss	öffentlich
Kreisausschuss	09.03.2015	Empfehlungsbeschluss	öffentlich
Kreistag	10.03.2015	Entscheidung	öffentlich

Organisationseinheit Öffentliche Sicherheit und Ordnung
Berichterstattung Dezernent Dirk Wigant

Budget 32 Öffentliche Sicherheit und Ordnung
Produktgruppe 32.02 Ausländer- und Personenstandswesen
Produkt

Haushaltsjahr **Ertrag/Einzahlung [€]**
Aufwand/Auszahlung [€]

Beschlussvorschlag

Der Landrat wird beauftragt, in der ehemaligen Landesstelle Unna-Massen im Auftrag des Landes Nordrhein-Westfalen eine Erstaufnahmeeinrichtung einzurichten und die personellen und sachlichen Voraussetzungen zu schaffen, damit diese ihre Arbeit am 01. Juli 2015 aufnehmen kann.

Der Auftrag steht unter dem Vorbehalt der Kostenübernahmeerklärung durch das Land.

Sachbericht

Ausgangssituation

Wegen der erheblich gestiegenen Zugangszahlen asylbegehrender Ausländer werden in Nordrhein-Westfalen zusätzliche Kapazitäten für die Erstaufnahme dieses Personenkreises benötigt, da die derzeit betriebenen Erstaufnahmestellen in Dortmund und Bielefeld nicht mehr in der Lage sind, die Erstregistrierung der täglich eintreffenden Flüchtlinge ordnungsgemäß zu bearbeiten.

Dies führte zu der Situation, dass Asylsuchende zum Teil ohne Registrierung, Gesundheitsprüfung und ohne einen Asylantrag gestellt zu haben, in Notunterkünften untergebracht werden. In der Folge ist der Rücktransport dieser Personen zu den Zentralen Ausländerbehörden in Dortmund oder Bielefeld erforderlich, um die Registrierung und die Gesundheitsuntersuchungen nachzuholen. Einige Wochen später wird derselbe Personenkreis wiederum zum Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) gefahren, um Asylanträge stellen zu können. Erst danach erfolgt eine Zuweisung in die Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen. Die sich dadurch ergebenden viel zu langen Aufenthalte in den Notunterkünften sind eine wesentliche Ursache für vielfältige Probleme in den Einrichtungen.

Der Innenminister der Landes Nordrhein-Westfalen, Herr Jäger, sowie der Regierungspräsident der Bezirksregierung Arnsberg, Herr Dr. Bollermann, sind daher an den Landrat herangetreten und haben darum gebeten, dass der Kreis Unna am Standort der Landesstelle Unna-Massen eine Erstaufnahmeeinrichtung einrichtet.

Die Erstaufnahmeeinrichtung am Standort Unna-Massen soll aus der Ausländerbehörde des Kreises Unna sowie einer Außenstelle des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) bestehen.

Das Land Nordrhein-Westfalen betreibt derzeit auf einer Teilfläche der Landesstelle eine Entlastungseinrichtung der Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbewerber in Dortmund-Hacheney. In seiner Sitzung am 18.12.2014 hat der Rat der Kreisstadt Unna einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit dem Land zugestimmt, die u.a. zum Inhalt hat, auf einer Teilfläche der Landesstelle bis zum 31.12.2024 eine Unterbringungseinrichtung für Asylbewerber und Flüchtlinge - gegebenenfalls mit eigener Erstaufnahmefunktion und Entlastungsfunktion für die Erstaufnahmeeinrichtung in Dortmund-Hacheney - zu betreiben (Anlage 1).

Nach der Vereinbarung zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und der Kreisstadt Unna dürfen auf dem Gelände der ehemaligen Landesstelle regelmäßig 600 Asylbewerber und Flüchtlinge untergebracht werden. In dringenden Bedarfssituationen darf kurzfristig für einen ununterbrochenen Zeitraum von maximal zwei bis drei Monaten einmalig pro Jahr eine Höchstzahl von 800 Asylbewerbern und Flüchtlingen untergebracht werden.

Aufgaben des Kreises Unna

Der Kreis Unna wird auf dem Gelände der ehemaligen Landesstelle Unna-Massen im Rahmen der Erstaufnahme von Asylbewerbern und Flüchtlingen vom 01. Juli 2015 eine Erstaufnahmeeinrichtung betreiben.

Hierfür werden in den landeseigenen Gebäuden Buderusstr. 47-55 (Anlage 2) Räumlichkeiten in ausreichender Größe vom Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW (BLB) nach Vorgaben des Kreises Unna umgebaut zur Verfügung gestellt.

Folgende Arbeitsschritte fallen in den Zuständigkeitsbereich der Erstaufnahmeeinrichtung:

- Erstregistrierung von Asylbewerbern
Aufnahme der Personalien, Entgegennahme und Prüfung der Pässe/Ausweise, Erstellen eines Fotos, Anlage einer Akte
- Identifizierung von Folgeantragstellern bzw. Straftätern durch Abgleich mit dem Ausländerzentralregister
- Identifizierung von unbegleiteten Minderjährigen (Zuständigkeit geht auf das Jugendamt der Kreisstadt Unna über) und Personen mit besonderen Bedürfnissen (Kranke, allein reisende Frauen etc.)
- Organisation der ärztlichen Untersuchung sowie des Röntgens nach dem Infektionsschutzgesetz
- Ggfls. Zuweisung in eine andere Zentrale Unterbringungseinrichtung
- Ggfls. Organisation der Transfers in andere Kommunen und andere Bundesländer nach Entscheidung der Bezirksregierung Arnsberg
- Ausstellung der Bescheinigung über die Meldung als Asylbewerber

Mit der Ausstellung der Bescheinigung endet die Zuständigkeit der Erstaufnahmeeinrichtung des Kreises Unna. Im Anschluss an die Registrierung und Aushändigung der Bescheinigung werden die Asylsuchenden durch die Bezirksregierung Arnsberg in der Einrichtung untergebracht.

Sobald die Außenstelle des BAMF in Unna-Massen eingerichtet ist, können die in der Einrichtung untergebrachten Ausländer einen Asylantrag direkt vor Ort stellen. Nach Antragsstellung werden die Asylsuchenden über das sog. EASY-Verfahren den anderen Bundesländern (Königsteiner Schlüssel) zugeteilt.

Die notwendigen ersten Planungsschritte für die Realisierung der Erstaufnahmeeinrichtung sind bereits aufgenommen worden und erfolgen in Abstimmung mit der Bezirksregierung Arnsberg und den Zentralen Ausländerbehörden in Dortmund und Bielefeld sowie mit dem Kreis Siegen-Wittgenstein, der aktuell die Einrichtung einer Erstaufnahmeeinrichtung organisiert, die zum 01. Mai 2015 die Arbeit aufnehmen soll.

Personal

Orientiert an der bisherigen Personalbemessung in anderen Erstaufnahmeeinrichtungen ist derzeit vorläufig davon auszugehen, dass für eine ordnungsgemäße Aufgabenerledigung ca. 24 Stellen – überwiegend im Bereich des mittleren Dienstes oder vergleichbarer Entgeltgruppen - eingerichtet werden müssen. Über die Wertigkeiten der Stellen kann zum jetzigen Zeitpunkt noch keine abschließende Aussage getroffen werden, da hierzu zunächst Stellenbeschreibungsmuster entwickelt werden müssen.

Der Kreis Unna beabsichtigt, unmittelbar im Anschluss an eine verbindliche Kostenübernahmeerklärung durch das Land mit der Personalgewinnung zu beginnen. Anlässlich einer Dienstbesprechung mit der Zentralen Ausländerbehörde Dortmund wurde signalisiert, dass ca. 10 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Dortmund, die bereits jetzt in der ehemaligen Landesstelle Registrierungsarbeiten vornehmen, durch den Kreis Unna übernommen werden könnten.

Die Einarbeitung neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter soll mit Unterstützung der Bezirksregierung Arnsberg und der Zentralen Ausländerbehörden Bielefeld und Dortmund erfolgen.

Außenstelle des BAMF

Gem. § 5 Abs. 3 des Asylverfahrensgesetzes (AsylVfG) soll das Bundesamt bei jeder Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbewerber mit mindestens 500 Unterbringungsplätzen eine Außenstelle einrichten, in der folgende Aufgaben wahrgenommen werden:

- Entgegennahme von Asylanträgen
- Aktenführung
- Erkennungsdienstliche Maßnahmen
- Anhörung und Entscheidung über den Asylantrag

Da das Bundesamt Probleme bei der Personalgewinnung hat, wird sich die Einrichtung der Außenstelle in der ehemaligen Landestelle Unna-Massen nach jetzigem Kenntnisstand möglicherweise verzögern.

Die asylverfahrensrechtlichen Angelegenheiten der in der Erstaufnahmeeinrichtung Unna untergebrachten Ausländer wären bis zur Installation der Außenstelle weiterhin über die Außenstellen des BAMF in Köln, Dortmund und Bielefeld abzuwickeln. Damit wären für eine Übergangszeit weiterhin Transfers der Personen erforderlich.

Weitere Planungsschritte

Kurzfristig soll mit dem Land beraten werden, welche Umbau- bzw. Ausbaumaßnahmen der dem Kreis Unna zur Verfügung gestellten Räumlichkeiten erforderlich sind, damit die Aufgaben und Prozesse räumlich so gestaltet werden können, dass sie geordnet und effizient und unter Berücksichtigung humanitärer Gesichtspunkte wahrgenommen werden können.

Die bauliche Vorbereitung übernimmt sodann die Bezirksregierung Arnsberg in Zusammenarbeit mit dem Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW.

Neben der Planung der Ausstattung von Büros und Warteräumen (Möbel/Hardware) sowie der erforderlichen IT-Anbindung an das Kreishaus und an die IT-Programme des Landes NRW ist eine optimale Ablauforganisation zu entwickeln um die einzelnen Schritte, die innerhalb der Erstaufnahmeeinrichtung abzuarbeiten sind, optimal zu koordinieren.

Um unnötige Transportwege zu vermeiden, soll das Röntgen nach dem Infektionsschutzgesetz vor Ort erfolgen. Hierzu muss vom Kreis Unna ein Röntgengerät beschafft werden.

Die Durchführung der Untersuchung sowie die Diagnostik sollen örtlich ansässige Praxen bzw. Kliniken übernehmen. Hierfür sind entsprechende Kooperationsvereinbarungen abzuschließen. Solange dies noch nicht organisiert ist, ist vorübergehend der Transport der Personen zu den Praxen bzw. Kliniken erforderlich.

Kostenerstattung durch das Land

Die Aufgabenübertragung des Landes Nordrhein-Westfalen auf die bisherigen Zentralen Ausländerbehörden Bielefeld, Dortmund und Köln erfolgt durch die Verordnung über Zuständigkeiten im Ausländerwesen (ZustAVO). Hier wird u. a. geregelt, dass die notwendigen Kosten für den Betrieb der Zentralen Ausländerbehörden aus dem Landeshaushalt zu erstatten sind.

Neben der Erstaufnahmeeinrichtung Unna beabsichtigt das Land, an weiteren 4 bis 5 Standorten Erstaufnahmeeinrichtungen zu gründen (u. a. im Kreis Siegen-Wittgenstein, s. o.).

Daher ist von Seiten des Ministeriums geplant, die Verordnung über Zuständigkeiten im Ausländerwesen dann anzupassen, wenn die Planung der neuen Behörden realisiert werden kann. Im Zuge der Fortschreibung der Verordnung werden dann die weiteren Standorte aufgenommen.

Um sicherzustellen, dass dem Kreis Unna durch die Übernahme der Aufgaben keine den Kreishaushalt belastenden und umlagerelevanten Aufwendungen entstehen, wird das Land Nordrhein-Westfalen kurzfristig eine Kostenübernahmeerklärung für den Personal- und Sachaufwand abgeben.

Die aufgrund der Planungen entstehenden Aufwendungen müssen noch kalkuliert und sodann mit der Bezirksregierung Arnsberg abgestimmt werden. Die abgestimmten Beträge werden in gleicher Höhe als Aufwand und Ertrag in den Haushalt eingestellt.

Auswirkungen auf den Haushalt 2015

Da der vom Kreistag beschlossene Haushalt keine Ansätze für eine Erstaufnahmeeinrichtung Unna enthält, ist eine Beschlussfassung über überplanmäßige Haushaltsansätze erforderlich.

Bis zur nächsten Sitzung des Kreistages wird eine entsprechende Vorlage erarbeitet.

Anlagen

1. Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und der Kreisstadt Unna
2. Übersichtsplan ehem. Landesstelle Unna-Massen